



# Medienkonferenz des Staatsrats

## — Struktur- und Sparmassnahmen 2013-2016

Rathaus, **9. September 2013**

# Übersicht

---

1. Die Gründe für das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm
2. Sparmassnahmen: Situation in der Schweiz
3. Hauptsächliche Vernehmlassungsergebnisse
4. Beschlüsse des Staatsrats im Anschluss an die Vernehmlassung
5. Das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm
6. Finanzielle Auswirkungen für die Gemeinden
- 7/8. Fazit und Fragen

# 1. Die Gründe für das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

---

Anne-Claude Demierre

Staatsratspräsidentin



# 1. Die Gründe für das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

---

## 1.1. Gesamtpolitische Gründe

- unsere Finanzen im Griff behalten
- den Service Public finanzieren und ein gutes soziales Klima fördern
- einen Handlungsspielraum für die Ressourcen schaffen
- grosse Herausforderungen bewältigen:
  - > künftige Finanzierung des Gesundheitswesens, der Pflegeheime und der Sozialversicherungen
  - > geringere Zunahme der Steuereinnahmen
  - > bedrohter interkantonaler Finanzausgleich
- Verantwortung gegenüber künftigen Generationen

# 1. Die Gründe für das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

---

## 1.2. Gesetzliche Auflagen

- Grundsatz des ausgeglichenen Haushalts (Art. 83 KV)
- Obergrenze der Subventionen im Verhältnis zum kantonalen Steueraufkommen (Gesetz) bei 41 %. Wird im Voranschlag 2013 überschritten.
  - Gesetzesänderungen sind notwendig, damit diese Quote wieder unter diese Grenze gebracht werden kann.

# 1. Die Gründe für das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

## 1.3. Verschlechterung der Finanzperspektiven des Kantons

### 1.3.1 Rapide Verschlechterung der jüngsten Ergebnisse

#### Ertragsüberschuss und Abschlussbuchungen, in Millionen Franken

Jahr	Überschuss vor Abschlussbuchungen	Abschlussbuchungen
2011	144,9	142,1
2012	38,4	27,8

#### Feststellung:

- > der Ertragsüberschuss ist innerhalb eines Jahres um über 100 Millionen Franken zurückgegangen

# 1. Die Gründe für das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

## 1.3. Verschlechterung der Finanzperspektiven des Kantons

### 1.3.2 Finanzperspektiven für Legislatur sind besorgniserregend (in Millionen Franken)

	Voranschlag		Finanzplan		Periode
	2013	2014	2015	2016	2013-2016
Überschuss (+) / Defizit (-) der Erfolgsrechnung	+ 0,5	- 161,1	- 220,4	- 248,5	- 629,5
Finanzierungsfehlbetrag	120,8	261,4	287,6	358,0	1027,8
Subventionsquote (gesetzliche Obergrenze 41 %)	41,4	41,8	42,0	41,9	

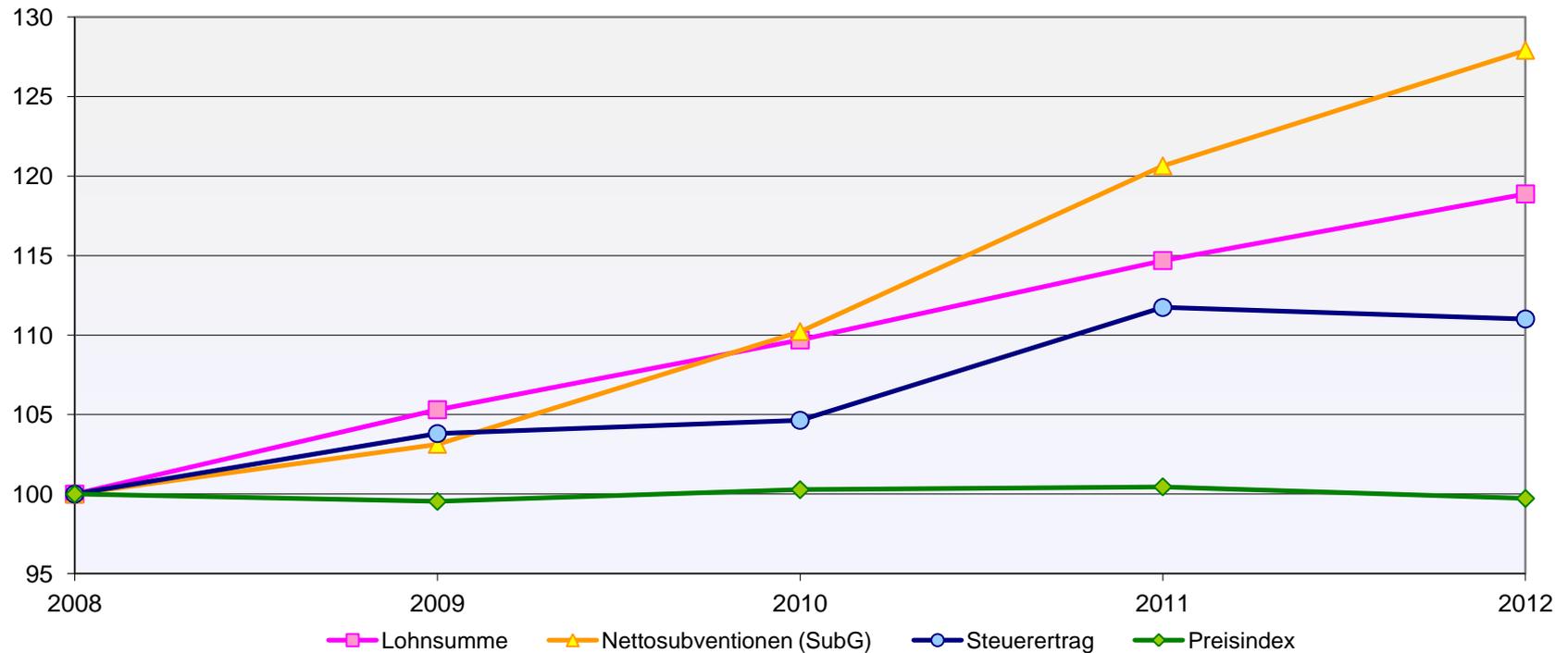
#### Feststellungen:

- > kumuliertes Defizit würde ohne Massnahmen innert 4 Jahren 630 Millionen Franken erreichen
- > Finanzierungsfehlbetrag würde ohne Massnahmen eine Milliarde Franken überschreiten
- > massive Verschlechterung, die sich zuspitzt

# 1. Die Gründe für das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

## 1.3. Verschlechterung der Finanzperspektiven des Kantons

### 1.3.3 Steueraufkommen und Aufwandentwicklung driften auseinander Entwicklung der Lohnsumme, der Nettosubventionen und des kantonalen Steueraufkommens (2008 = 100)



# 1. Die Gründe für das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

---

## 1.3. Verschlechterung der Finanzperspektiven des Kantons

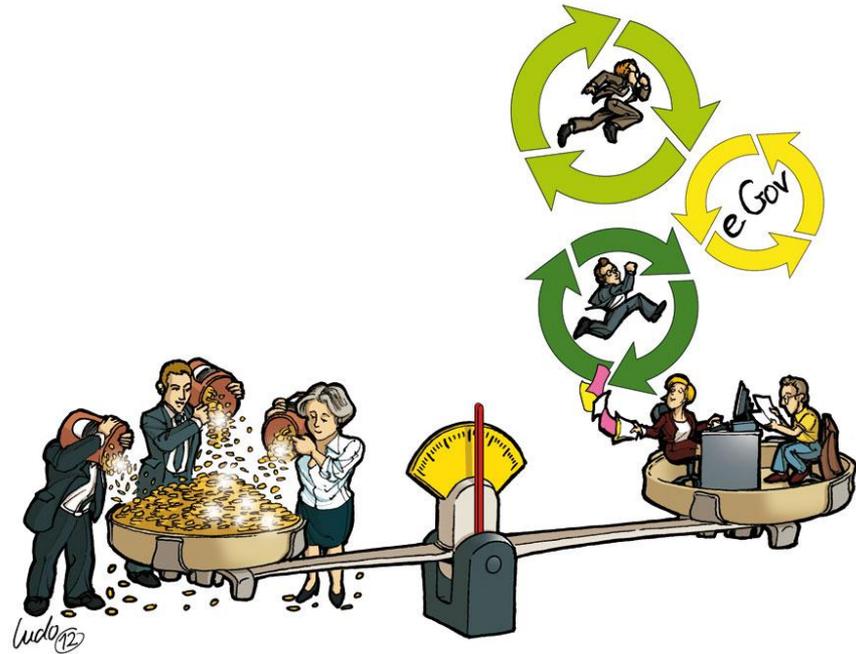
Die vorherige Grafik zeigt deutlich, welche finanziellen Herausforderungen der Staat in Zukunft bewältigen muss:

- stagnierende oder sogar sinkende Preise
- Zunahme der Steuereinnahmen um 10 % über 4 Jahre
- quasi linearer Aufwärtstrend bei der Lohnsumme (+ 19%)
- in 4 Jahren um 28 % gestiegene Subventionen
- ohne Gegensteuer führen diese Entwicklungen zu grossen finanziellen Schwierigkeiten

## 2. Sparmassnahmen: Situation in der Schweiz

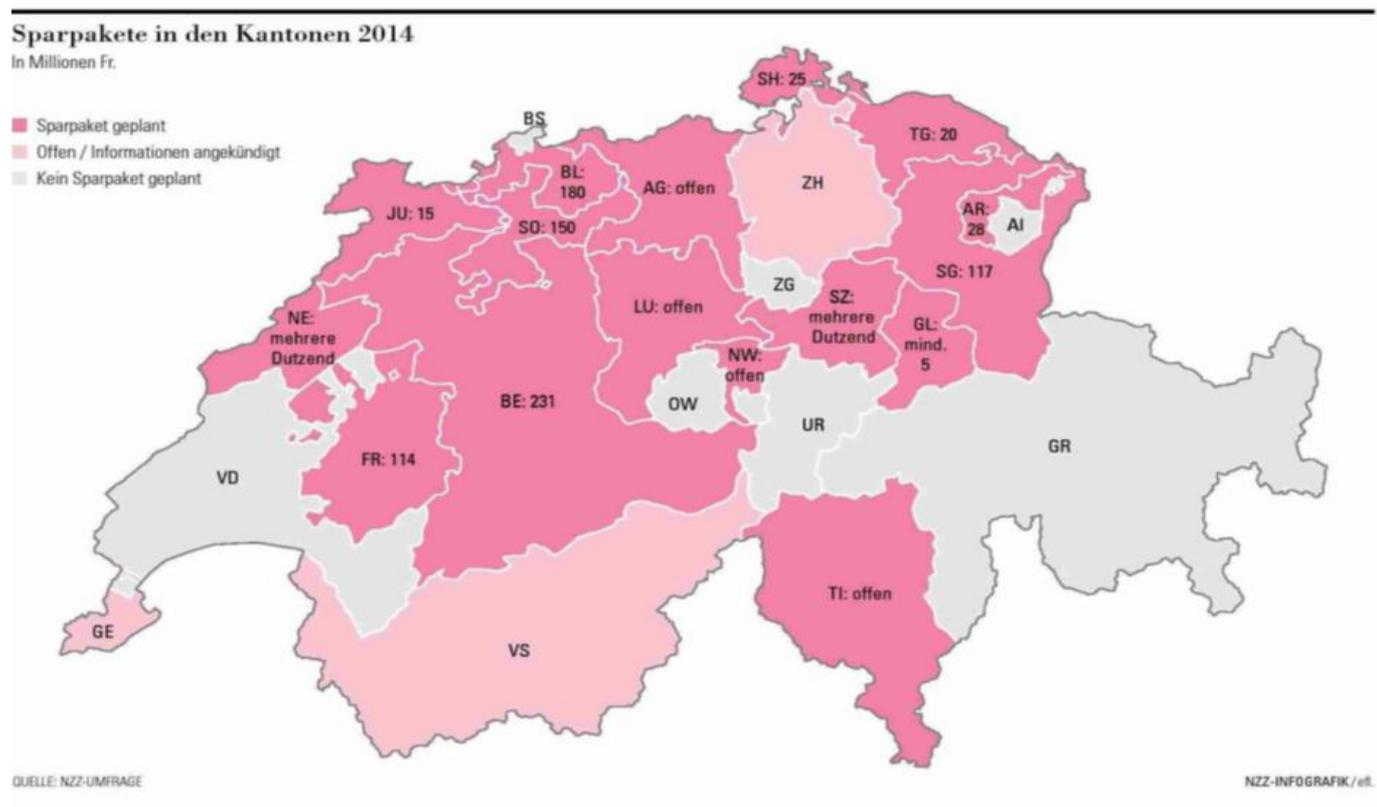
Georges Godel

Finanzdirektor



## 2. Sparmassnahmen: Situation in der Schweiz

### 2.1. Sparpakete in den Kantonen 2014



Quelle: NZZ vom 15.8.2013

## 2. Sparmassnahmen: Situation in der Schweiz

---

### 2.2. Feststellungen

- > Mehrheit der Kantone hat Sparpakete geschnürt oder geplant
- > die von der FinV im Frühjahr 2012 durchgeführte Umfrage hat ergeben, dass
  - > in 17 Kantonen Sparpakete geschnürt oder in Vorbereitung waren
  - > meistens über 100 Massnahmen vorgesehen sind
  - > der Jahresumfang der Programme sich zwischen 1,5 und 6,4 % des Gesamtaufwands bewegt (FR: 3,5 %)
  - > sich die Sparbemühungen auf Aufwandsenkungen konzentrieren
  - > die Opfersymmetrie ein häufiges Anliegen ist
- > die Hauptgründe für ein Sparpaket sind:
  - > rückläufiger oder schwacher Einnahmenezuwachs
  - > Kosten der neuen Spitalfinanzierung
  - > Zunahme der Sozialausgaben und der Ausgaben für Heimaufenthalte (namentlich Pflegeheime)

# 3. Hauptsächliche Vernehmlassungsergebnisse

---

Isabelle Chassot

Staatsratsvizepräsidentin

Erziehungs-, Kultur- und Sportdirektorin

# 3. Hauptsächlichliche Vernehmlassungsergebnisse

---

## 3.1. Zahlen

Vernehmlassung: 15. Mai – Ende Juni 2013

**110 Vernehmlassungsantworten** (Stand 05.07.2013)

- > offiziell konsultierte Organe: 20
- > Direktionen und Ämter des Staates: 9
- > Gemeinden: 56
- > Vereine und Interessenverbände: 25

**Individuelle Stellungnahmen der Staatsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter**

- > rund 1000 Stellungnahmen auf ein Total von 18'000 Mitarbeitenden (~ 10'000 Vollzeitstellen)
- > Übernahme eines Musterschreibens
- > Ablehnung der Massnahmen, die das Personal betreffen
- > Solidaritätsbeitrag als mögliche Alternative

# 3. Hauptsächliche Vernehmlassungsergebnisse

---

## 3.2. Allgemeine Würdigung der politischen Parteien (1)

**Insgesamt positive Beurteilung**, unter Vorbehalt gewisser Anpassungen:

- > CVP
- > FDP
- > SVP
- > Grünliberale
- > BDP
- > Arbeitgeberverband und Handelskammer

**Insgesamt negative Beurteilung:**

- > SP
- > CSP
- > Grüne
- > FEDE, VPOD, Syna besonders bezüglich Massnahmen im Personalwesen

# 3. Hauptsächlichliche Vernehmlassungsergebnisse

---

## 3.2. Allgemeine Würdigung von VPOD und FEDE (2)

- > Die Föderation der Personalverbände der Staatsangestellten des Kantons Freiburg (FEDE) bemerkt hauptsächlich Folgendes:
  - > Gesamtbetrachtung ist nötig, auch für das Bildungswesen
  - > bereit zu einer Diskussion über konjunkturelle Massnahmen, aber nur für 2014, mit einer Vergütungsklausel und Schutz der tiefen Löhne
- > Der FGV-Vorstand zeigt sich im gegenwärtigen Zeitpunkt vom Struktur- und Sparmassnahmenprogramm nicht überzeugt. Er befürchtet «Kollateralschäden» und verlangt zusätzliche Garantien vom Staatsrat. Allerdings ist er nicht gegen das Massnahmenpaket als Ganzes.
- > Die übrigen Vernehmlassungsteilnehmer nehmen meist nicht zur Gesamtvorlage Stellung, sondern lehnen spezifische Massnahmen ab, die sie direkt oder indirekt betreffen, oder äussern Vorbehalte dazu.

# 3. Hauptsächliche Vernehmlassungsergebnisse

---

## 3.3. Würdigung der Massnahmen

### Zur Erinnerung:

- > 191 SSM vom Staatsrat berücksichtigt
- > 131 SSM umsetzbar 2014, für 60 SSM braucht es weitere Abklärungen

### Vernehmlassung:

- > 137 SSM im Vernehmlassungsbericht enthalten (wichtigsten Massnahmen, für die eine Schätzung der finanziellen Auswirkungen vorgenommen werden konnte)
- > 76 SSM wurden nicht kommentiert
- > 61 SSM: Vorbehalte oder sogar Ablehnung von mindestens einem Vernehmlassungsteilnehmer
- > viele Massnahmen wurden nur von den Vereinen und Interessengruppen kritisiert, die direkt oder indirekt davon betroffen wären

# 3. Hauptsächliche Vernehmlassungsergebnisse

---

## 3.4. Alternativen und neue Massnahmen

- In der Vernehmlassung wurden rund dreissig konkrete Vorschläge für mögliche neue Massnahmen oder Alternativen zu abgelehnten Massnahmen gemacht.
- Die Vorschläge beziehen sich vor allem auf die Einnahmen (Steuer- oder Gebührenerhöhungen, keine Steuerbefreiungen, Prüfung einer Erbschaftssteuer in gerader Linie) und auf die Rolle des Staates in gewissen Bereichen (normative Anforderungen, Schulzahnpflegedienst, Gleichstellungsbüro, Strassenausgaben, Wirtschaftsförderung).
- Im Personalwesen wird namentlich die Erhebung eines Solidaritätsbeitrags proportional zum Gehalt vorgeschlagen.

## 4. Beschlüsse des Staatsrats im Anschluss an die Vernehmlassung

---

- 4.1. Grundsatzüberlegungen: Finanzdirektor
  
- 4.2. Hauptsächliche Änderungen betreffend Personal: Finanzdirektor
  
- 4.3. Hauptsächliche Änderungen betreffend Gemeinden: Direktorin der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft

# 4. Beschlüsse des Staatsrats im Anschluss an die Vernehmlassung

---

## 4.1. Grundsatzüberlegungen

- > die Notwendigkeit des Massnahmenpakets wird durch die ersten Voranschlagsergebnisse 2014 bestätigt
- > die finanziellen Gesamtziele des Programms müssen erreicht werden
- > es besteht wenig Handlungsspielraum
- > einige Massnahmen, die das Personal und die Beziehungen mit den Gemeinden betreffen, müssen überprüft werden
- > es muss eine Opfersymmetrie gewahrt werden
- > zusätzliche Einnahmen sind unerlässlich
- > die Kostensenkung, insbesondere bei wiederkehrenden Kosten, muss prioritär bleiben

# 4. Beschlüsse des Staatsrats im Anschluss an die Vernehmlassung

## 4.2. Hauptsächliche Änderungen betreffend Personal

Massnahmen, die das Personal betreffen

In die Vernehmlassung geschickte Massnahmen	Vorschläge	Kommentar
> Lohnsenkung um 0,9 % von 2014 bis 2016	> Einführung eines Solidaritätsbeitrags von 1,5 % nach Abzug von 39 000 Franken auf dem Grundgehalt	> progressiv ausgestaltetes Lohnopfer für das Personal
	> Solidaritätsbeitrag von 1,5 % senken auf: 2014: 1,3 % 2015 und 2016: 1 %	> progressive Verringerung des Lohnopfers für das Personal
> Erhöhung der Anzahl Gehaltsstufen auf 30	> vorläufiger Verzicht auf diese Massnahme	erneute Diskussion 2015 / 2016
> Reduktion des jährlichen Stufenbetrags um 100 % 2014 und um 50 % 2015 und 2016	> keine Reduktion des jährlichen Stufenbetrags	ausser 2014 bleibt der Anspruch auf den vollen Gehaltsstufenbetrag, jedoch mit späterer Auszahlung
	> Auszahlung der jährlichen Lohnerhöhung (Stufenbetrag) 2015 und 2016 ab 1. Juli statt 1. Januar	

## 4. Beschlüsse des Staatsrats im Anschluss an die Vernehmlassung

### Auswirkungen der vom Staatsrat beschlossenen Anpassungen im Personalwesen, in Mio. Franken

	2014	2015	2016	Total
Solidaritätsbeitrag von 1,3 und 1 % (statt 1,5 %)				
> Auswirkungen für den Staat	1,8	4,7	4,7	11,2
> Auswirkungen für die Gemeinden	<u>0,4</u>	<u>1,1</u>	<u>1,1</u>	<u>2,6</u>
> Auswirkungen insgesamt	2,2	5,8	5,8	13,8
Anpassung der Massnahme bezüglich Gehaltsstufenbetrag				
> Auswirkungen für den Staat	-	-	5,4	5,4
> Auswirkungen für die Gemeinden	-	-	<u>1,6</u>	<u>1,6</u>
> Auswirkungen insgesamt	-	-	7,0	7,0
<b>Entlastung insgesamt</b>	<b>2,2</b>	<b>5,8</b>	<b>12,8</b>	<b>20,8</b>
<b>Entlastung des Personals: - 18,5 %</b>				

# 4. Beschlüsse des Staatsrats im Anschluss an die Vernehmlassung

ILFD

## 4.3. Hauptsächliche Änderungen betreffend Gemeinden (1)

Vorbehalte der Gemeinden	Antworten des Staatsrats
<ul style="list-style-type: none"><li>&gt; Zweifel an der finanziellen Bilanz und Notwendigkeit einer nachträglichen finanziellen Bilanz</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>&gt; Überprüfung der Bilanz zusammen mit den Gemeinden</li><li>&gt; Zwischenbilanzen 2015 und 2016 und Gesamtevaluation 2017 (Ergänzung Gesetzesgrundlage)</li><li>&gt; finanzielle Kompensation bei negativer finanzieller Bilanz (Einführung einer Gesetzesbestimmung)</li><li>&gt; eventuell Anpassung des Gemeindeanteils an Motorfahrzeugsteuer</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>&gt; Ungleichbehandlung zwischen Gemeinden insbesondere im Bereich öffentlicher Verkehr</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>&gt; Beitrag der Gemeinden für den Betrieb der von der Agglomeration Freiburg und Mobul in Auftrag gegebenen Linien wird von 45 % auf 42,5 % gesenkt</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>&gt; die den Gemeinden vorgeschriebenen Normen, Anforderungen und Standards analysieren und nach unten korrigieren</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>&gt; der Staatsrat ist mit der Einsetzung einer Arbeitsgruppe einverstanden, die sich mit dieser Frage befassen soll</li></ul>

### Weitere Kompensation

Der Staatsrat verzichtet auf die Plafonierung des Betrags, der den Gemeinden im Rahmen des Bedarfsausgleichs zusteht (Massnahme wird gestrichen)

## 4. Beschlüsse des Staatsrats im Anschluss an die Vernehmlassung

ILFD

### 4.3. Hauptsächliche Änderungen betreffend Gemeinden (2)

- die finanzielle Bilanz bleibt für die Gemeinden positiv
- die Auswirkungen der Zugeständnisse an das Personal werden kompensiert
- mit der Massnahme zur Senkung des Gemeindebeitrags für den öffentlichen Verkehr in den Agglomerationen werden die Gemeinden um 1,9 Millionen Franken entlastet
- Der Verzicht auf die Plafonierung des Bedarfsausgleichs entlastet die Gemeindefinanzen um 2 Millionen Franken über den Zeitraum 2014 - 2016

# 5. Das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

---

Georges Godel

Finanzdirektor

# 5. Das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

## 5.1. Finanzielle Auswirkungen des Programms

Auswirkungen insgesamt für den Staat (in Mio. Franken)

Themenbereich	2014	2015	2016	Entwurf SR	Vernehm- lassungs- entwurf	Differenz
Einnahmen	31.0	33.7	36.1	100.8	100.8	-
Personal	34.3	55.9	80.1	170.3	186.8	- 16.5
<i>wovon neue Stellen und Korrektur Teuerungsausgleich</i>	<i>11.7</i>	<i>30.9</i>	<i>55.1</i>	<i>97.7</i>	<i>97.7</i>	-
<i>wovon Auswirkungen auf Lohnsumme</i>	<i>22.6</i>	<i>25.0</i>	<i>25.0</i>	<i>72.6</i>	<i>89.1</i>	-
Subventionierung	30.2	32.2	32.6	95.0	98.6	- 3.6
Projekte und Reformen	5.8	5.6	7.1	18.5	18.5	-
Sonstige Einkünfte	10.5	10.5	10.0	31.0	31.0	-
<b>Total</b>	<b>111.8</b>	<b>137.9</b>	<b>165.9</b>	<b>415.6</b>	<b>435.7</b>	<b>- 20.1</b>

# 5. Das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

---

## 5.1. Finanzielle Auswirkungen des Programms für den Staat

### Feststellungen

- die Zielsetzungen des Staatsrats sind eingehalten worden
- es sind Anpassungen im Umfang von 20,1 Millionen Franken oder 4,6 % am Programm vorgenommen worden
- Priorität auf Aufwandverringerung bestätigt
- einnahmenseitige Massnahmen: 32 % (mehr als nach ursprünglicher Zielsetzung)
- fast alle Subventionsbereiche sind betroffen
- die Massnahmen wirken sich für die Gemeinden insgesamt positiv aus
- mit diesen Massnahmen lässt sich das vorgeschriebene Haushaltsgleichgewicht für den Voranschlag 2014 einhalten

# 5. Das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

---

## 5.2. Gesetzgebungsarbeiten

- 18 Massnahmen erfordern Gesetzesänderung
- 14 gesetzliche Grundlagen betroffen
- Anpassung oder Änderung von rund 30 Verordnungen
- Massnahmen in der Zuständigkeit des Staatsrats: 46 % der finanziellen Auswirkungen des Pakets
- Massnahmen in der Zuständigkeit des Grossen Rats: 54 % der finanziellen Auswirkungen des Pakets

# 5. Das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

---

## 5.3. Hauptsächliche Massnahmen betreffend Einnahmen (in Mio. CHF)

	Finanzielle Auswirkungen für den Staat		
	2014	2015	2016
<b>In der Zuständigkeit des Staatsrats</b>			
Aktualisierung der Eigenmietwerte um 10%	5.1	5.1	5.1
Vermehrte Steuerprüfungen und Schaffung einer Einheit für die Verlustscheinverwaltung	1.9	2.0	2.0
Einfrieren des Abzugs für Krankenversicherungsprämien	1.5	1.5	1.5
Anpassung des Schulgelds an den Schulen der Sekundarstufe 2 und am Konservatorium	0.7	0.7	0.7
Anpassung der Hundesteuer (von 70 auf 100 CHF)	0.5	0.5	0.5

# 5. Das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

---

## 5.3. Hauptsächliche Massnahmen betreffend Einnahmen (in Mio. CHF)

	Finanzielle Auswirkungen für den Staat		
	2014	2015	2016
<hr/>			
In der Zuständigkeit des Grossen Rats			
<hr/>			
<b>Im Oktober 2014 vorgeschlagene Massnahmen</b>			
Senkung der Rückerstattung der Motorfahrzeugsteuer an die Gemeinden von 30 % auf 20 %	9.9	9.9	9.9
Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer (10 %)	6.3	6.3	6.3
Alkoholverkauf: Erhöhung der Betriebsabgabe	0.8	0.8	0.8
Handänderungssteuern: Berechnung auf dem Gesamtpreis	0.6	0.6	0.6
<b>Massnahmen in Prüfung für 2015 und folgende Jahre</b>			
Materialgewinnung (Einführung einer Abgabe pro m3)		2.0	4.0

# 5. Das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

---

## 5.4. Massnahmen betreffend Personal

Bei den neuen Stellen

**Zentralverwaltung** → max. 7 neue Stellen pro Jahr (2014 und 2015)

**Subventionierte Sektoren** → strenge Begrenzung der neuen Stellen

**Unterrichtswesen** → Arbeitsgruppe (Vorschläge bis Ende Oktober)

# 5. Das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

---

## 5.4. Massnahmen betreffend Personal

Bei der Lohnsumme

### > Gehaltsskala

- kein Teuerungsausgleich bis Index 112 Punkte (gegenwärtige Teuerung: 109.6)
- Solidaritätsbeitrag auf den Grundgehaltsbeträgen über 39 000 Franken  
2014: 1,3 %      2015: 1 % 2016: 1 %

### > Gehaltsstufen

- 2014                                    ⇒ keine Auszahlung
- 2015 und 2016                    ⇒ voller Gehaltsstufenbetrag, aber erst ab Juli

# 5. Das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

## 5.4. Massnahmen betreffend Personal

Finanzielle Auswirkungen der Massnahmen im Personalwesen für den Staat, in Mio.

	2014 - 2016
> Begrenzung der Anzahl neuer Stellen	23.5
> Kein Teuerungsausgleich, bevor der Indexstand 112 Punkte erreicht (Korrektur der Teuerungsannahmen im Finanzplan)	74.2
> Kein Stufenanstieg 2014, 2015 und 2016 Stufenanstieg erst ab Juli	41.4
> Solidaritätsbeitrag	<u>31.1</u>
<b>Total</b>	<b>170.2</b>

**Der Solidaritätsbeitrag ist die einzige Massnahme, die eine Lohneinbusse bewirkt.**

# 5. Das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

## 5.5. Massnahmen betreffend Subventionierung

### 5.5.1 Hauptsächliche Massnahmen in der Zuständigkeit des Staatsrats (1/2) (in Mio. Franken)

Beschreibung der Massnahme	Auswirkungen für den Staat		
	2014	2015	2016
<b>Gesundheit und Soziales</b>			
Senkung des Kantonsanteils an den Kosten für die Spitalleistungen	8.3	8.3	8.3
Anpassung der Modalitäten bei der Verbilligung der Krankenkassenprämien für Personen, die materielle Sozialhilfe erhalten (hauptsächlich durch Übertragung auf die materielle Hilfe)	5.7	5.7	5.7
Plafonierung des Pensionspreises in den Pflegeheimen und geringere Zunahme der Bettenzahl	1.7	2.6	2.6
Eindämmung der für die AHV/IV- EL berücksichtigten Kredite	0.8	1.2	1.1
Anpassung der berücksichtigten Zahl der Arbeitstage für die Dotierung der Pflegeheime mit Pflege- und Betreuungspersonal	0.3	0.6	0.7

# 5. Das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

## 5.5. Massnahmen betreffend Subventionierung

### 5.5.1. Hauptsächliche Massnahmen in der Zuständigkeit des Staatsrats (1/2) (in Mio. Franken)

Beschreibung der Massnahme	Auswirkungen für den Staat		
	2014	2015	2016
<b>Bildung</b>			
Überprüfung der Kosten und Dotierungen der Sonderschulen		M a n d a t	
Senkung der Pauschalen für Schulbauten	0.5	0.5	0.5
<b>Landwirtschaft und Forstwirtschaft</b>			
Senkung der Pauschalen und des Subventionssatzes für die Bodenverbesserungen	0.5	0.5	0.5
Senkung des Budgets im Forstbereich	0.3	0.3	0.3
<b>Volkswirtschaft und Energie</b>			
Senkung der Beiträge an den Energiefonds	1.0	1.0	1.0

# 5. Das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

## 5.5. Massnahmen betreffend Subventionierung

### 5.5.2. Massnahmen in der Zuständigkeit des Grossen Rats (in Mio. Franken)

Beschreibung der Massnahme	Auswirkungen für den Staat		
	2014	2015	2016
Erhöhung des Gemeindeanteils an der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs	2.8	3.1	3.2
Anpassung der Referenzprämie für die Prämienverbilligungen in der Krankenversicherung	3.1	3.2	3.3
Senkung des staatlichen Beitrags an den Kosten für die Pflege und Hilfe zuhause	1.1	1.2	1.2

# 5. Das Struktur- und Sparmassnahmenprogramm

## 5.6. Reformen und sonstige organisatorische Massnahmen

Kurzfristige finanzielle Auswirkungen (in Mio. Franken)

Beschreibung der Massnahme	Auswirkungen für den Staat			
	2014	2015	2016	2014-2016
E-Government und Informatisierung	1.1	1.2	1.2	3.5
Laufende Verbesserung der Organisation	1.1	1.1	1.2	3.4
Aufgabe oder zeitliche Neustaffelung von Projekten und weitere Massnahmen	1.1	1.2	1.6	3.9
Globalbudget der Universität	2.4	2.2	3.1	7.7
<b>TOTAL</b>	<b>5.7</b>	<b>5.7</b>	<b>7.1</b>	<b>18.5</b>

# 6. Finanzielle Auswirkungen für die Gemeinden

---

Marie Garnier

Direktorin der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft

## 6. Finanzielle Auswirkungen für die Gemeinden

### 6.1. Positive finanzielle Bilanz für die Gemeinden (in Mio. Franken)

Themenbereich	2014	2015	2016	TOTAL
Einnahmen	1.8	2.1	2.3	6.2
Personal	8.1	13.4	19.8	41.4
Subventionierung	-6.3	-5.5	-5.8	-17.6
Projekte und Reformen	-	0.1	0.2	0.3
<b>Total</b>	<b>3.6</b>	<b>10.1</b>	<b>16.5</b>	<b>30.2</b>

Die Bilanz fällt für die Gemeinden mit durchschnittlich jährlich rund plus 10 Millionen Franken positiv aus

## 6. Finanzielle Auswirkungen für die Gemeinden

### 6.2. Die hauptsächlichen Massnahmen mit einer Mehrbelastung der Gemeinden (in Mio. Franken)

Beschreibung der Massnahmen	Entscheidungs- kompetenz	Auswirkungen		
		2014	2015	2016
Herabsetzung des Gemeindeanteils an der Motorfahrzeugsteuer von 30 auf 20%	GR	+ 9.9	+ 9.9	+ 9.9
Änderung bei der Übernahme der Subventionen der Krankenkassenprämien für die Sozialhilfeempfänger (Satz wird bei 72 % plafoniert)	SR	+ 4.0	+ 4.0	+ 4.0
Erhöhung der Beteiligung der Gemeinden an der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs um 2,5 Prozentpunkte	GR	+ 2.8	+ 3.1	+ 3.2
Herabsetzung der Beteiligung des Staates an der Hilfe und Pflege zuhause um 5 Punkte	GR	+ 1.1	+ 1.2	+ 1.2
<b>TOTAL der hauptsächlichen Mehrbelastung für die Gemeinden</b>		<b>+ 17.8</b>	<b>+ 18.2</b>	<b>+ 18.3</b>

## 6. Finanzielle Auswirkungen für die Gemeinden

### 6.3. Die hauptsächlichen Massnahmen mit einer Entlastung der Gemeinden (in Mio. Franken)

<sup>1)</sup> einschl. Auswirkungen auf Liegenschaftssteuer

Beschreibung der Massnahmen	Entscheidungs- kompetenz	Auswirkungen		
		2014	2015	2016
<b>Mehreinnahmen</b>				
Aktualisierung der Eigenmietwerte (+ 10 %)	SR	5.0 <sup>1)</sup>	5.0 <sup>1)</sup>	5.0 <sup>1)</sup>
Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer um 10 %	GR	2.7	2.7	2.7
Schaffung einer Einheit für die Verlustscheinverwaltung und verstärkte Steuerfahndung	SR	1.9	1.9	1.9
Einfrieren gewisser Steuerabzüge	SR	1.2	1.2	1.2
Änderung des Gesetzes über die Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern (Berechnung der Steuern auf dem Schlusspreis)	GR	0.4	0.4	0.4
<b>TOTAL der hauptsächlichen Mehreinnahmen</b>		<b>11.2</b>	<b>11.2</b>	<b>11.2</b>

## 6. Finanzielle Auswirkungen für die Gemeinden

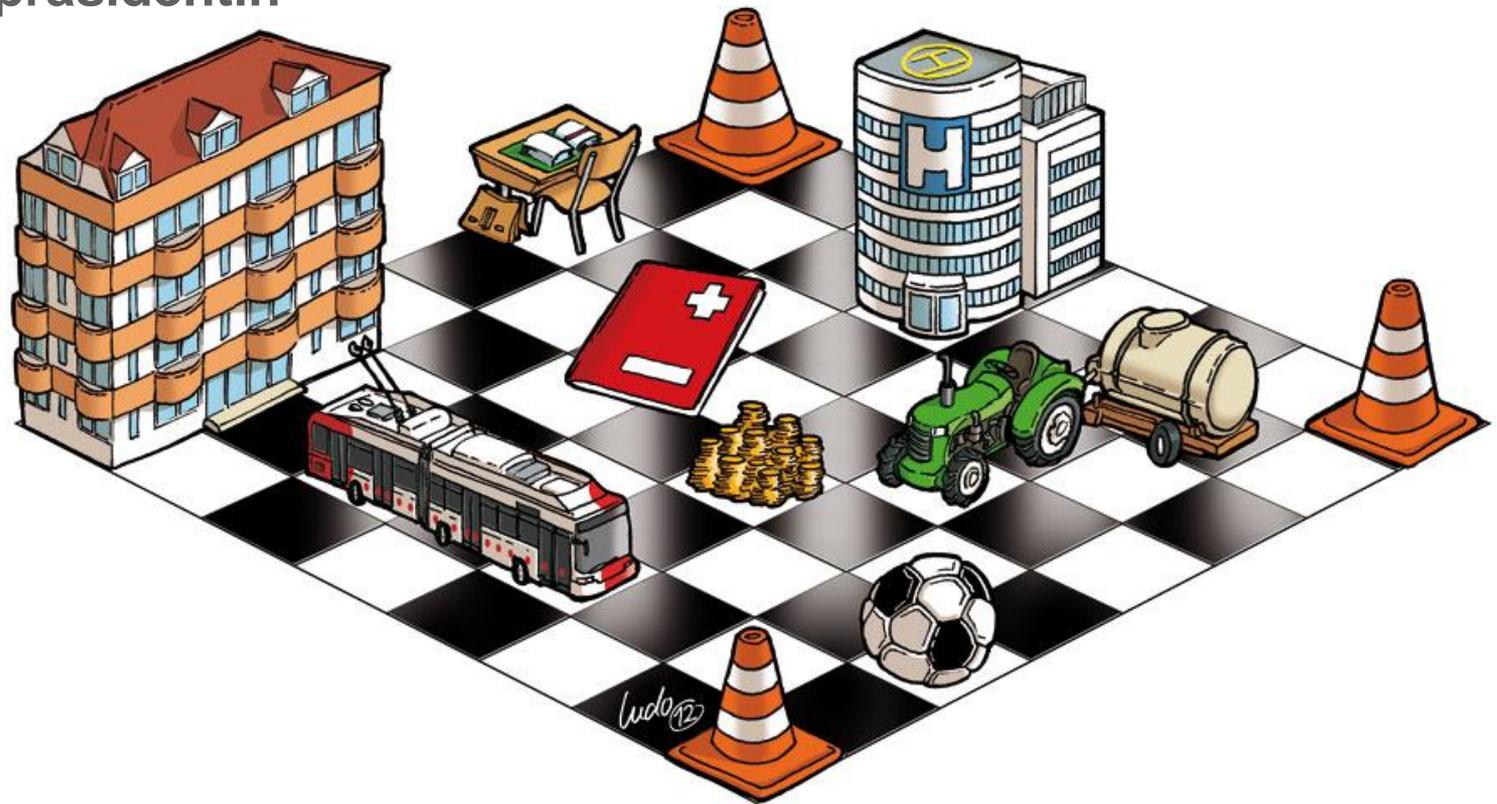
### 6.3. Die hauptsächlichen Massnahmen mit einer Entlastung der Gemeinden (in Mio. Franken)

Beschreibung der Massnahmen	Entscheidungs- kompetenz	Auswirkungen		
		2014	2015	2016
<b>Aufwandsenkungen</b>				
Massnahmen bei den Gehältern des Personals (Vorschule, Primar-, Orientierungsschule, subventionierte Sektoren)	SR / GR	8.1	13.4	19.8
Pflegeheime: Plafonierung des Pensionspreises und weniger neue Betten	SR	1.6	2.2	2.1
<b>TOTAL der hauptsächlichen Aufwandsenkungen</b>		<b>9.7</b>	<b>15.6</b>	<b>21.9</b>
<b>TOTAL der hauptsächlichen Verbesserungen für die Gemeinden</b>		<b>20.9</b>	<b>26.8</b>	<b>33.1</b>

# 7/8. Fazit und Fragen

—  
Anne-Claude Demierre,

Staatsratspräsidentin



# 7. Fazit

---

- Das Massnahmenpaket hat in erster Linie zum Ziel, die Nachhaltigkeit und Stabilität der staatlichen Leistungen zu garantieren.
- Der Staatsrat will der Verschlechterung der Finanzperspektiven vorgreifen.
- Er muss auch dafür sorgen, dass die Investitionsfähigkeit des Staates erhalten bleibt.
- Die vorgeschlagenen Massnahmen wahren den Grundsatz der Opfersymmetrie.
- Der Staatsrat ist sehr zufrieden mit der Einigung, die letztlich mit den Vertretern des Personals und der Gemeinden erzielt worden ist.
- Das dem Grossen Rat unterbreitete Paket ist das Ergebnis eines Konsenses.
- In seiner Gesamtheit ermöglicht es die Vorlage eines ausgeglichenen Budgets 2014.
- Der Staatsrat lädt den Grossen Rat ein, alle beantragten Massnahmen zu unterstützen.

## 8. Fragen

---

Danke für Ihre Aufmerksamkeit